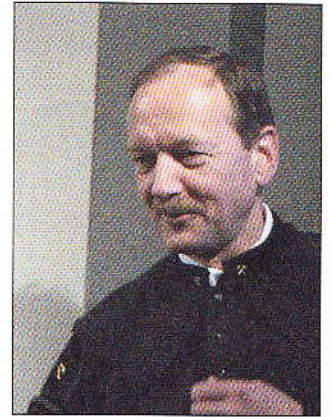




„Auf ein Wort“



Kohleausstieg dank viel Kohle

Liebe Bergkameradinnen und Bergkameraden, liebe Leserinnen und Leser,

nach dem Einsetzungsbeschuß der Bundesregierung vom 06.06.2018 und der Konstituierung am 26.06.2018 hat die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (auch Kohlekommission) am 26.01.2019 ihren Abschlußbericht vorgelegt.

Der Ring Deutscher Bergingenieure RDB e.V. hat jedem der 31 Mitglieder der Kommission bereits im Juli 2018 seine Stellungnahme übermittelt (siehe Zeitschrift „bergbau“ Heft 7/ 2018, Seiten 290/291). Es gab drei Eingangsbestätigungen. Die Angebote zur sachlich-inhaltlichen Unterstützung und zu Gesprächen wurden nicht in Anspruch genommen ... Warum auch?

Die Kommission hatte u.a. den Auftrag, den Ausstiegs-termin festzulegen. Andere Denk- und Handlungsoptionen waren gar nicht erst zugelassen, denn es ging um ein rein politisches Ziel: möglichst noch vor dem Klimagipfel in Katowice Mitte Oktober 2018 die Erreichung der CO₂-Minderungsziele um 40% bis 2020 gegenüber 1990 nachzuweisen, koste es, was es wolle. Als RDB e.V. hatten wir vorgeschlagen, keine vorfristige Stilllegung festzulegen, da sich der Auslauf mit der planmäßigen Stilllegung der genehmigten Braunkohletagbaue automatisch ergibt. Zudem gibt es noch Innovationspotenzial bei der CO₂-Reduktion und vor allem bis heute keinen Plan, wie der Strom- und die Wärmeproduktion aus Kohle kompensiert und die Versorgungssicherheit garantiert werden sollen. Den Schalter erst umlegen, wenn ein zuverlässiges redundantes System zur Verfügung steht, war unser Vorschlag.

Die erste Bewährungsprobe zum neuen Energiemix steht mit dem Abschalten der Kernenergie 2022 erst noch bevor. Dann fallen 13% der ständig verfügbaren Stromerzeugung in Deutschland aus (Basis 2017). Fakt ist, dass die erneuerbaren Energien die Lücke, mangels Leitungsnetzen und vor allem Speichern, vorerst nicht schließen können, Einsparungen im Verbrauch auch nicht. Alle Hoffnung liegt nun beim Import von Energie, insbesondere Erdgas. Die Erdgasleitung Nordstream 2 muß deshalb, auch ungeachtet aller Folgen, her. Neh-

men wir nur die politische Abhängigkeit: Das von der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland geächtete, isolierte und wirtschaftlich sanktionierte Russland, profitiert also maßgeblich von der deutschen Kohlelücke und wird uns wie im kalten Krieg, sicher mit Wärme und Strom versorgen!? Der französische Präsident ist dagegen. Wittert er Geschäfte mit dem Export von Atomstrom? Alternativ lockt die USA mit Flüssiggas, gefördert mit dem bei uns verbotenen Fracking. Gibt es da schon eine Klimabilanz für Gewinnung, Verdichtung, Transport, Bau von Terminals? Allein diese aktuelle Debatte macht auf das Abenteuer Kohleausstieg deutlich.

Wie sieht es beim Einsatz von Erdgas mit den CO₂-Minderungszielen aus? Bei den Klimagas-Emissionen (CO₂-Äquivalent pro Kilowattstunde – kWh, bezogen auf den Anlagen-Lebenszyklus inklusive Emissionen für deren Errichtung und Brennstoffbezug) stehen bei der Stromerzeugung die Kohlekraftwerke naturgemäß vorn, die modernen Braunkohlekraftwerke mit etwas unter 1000 g und die Steinkohle mit knapp 900 g. Erdgas weist im Schnitt ca. 500 g aus (Die Zahlen schwanken, je nach Autor, Berechnungsbasis und Wärmeauskopplung). Eins bleibt aber: das verklärte Bild, dass mit dem Abschalten der Kohlekraftwerke die Emissionen sofort verschwinden, ist falsch. Durch die Substitution Kohle gegen Gas verbleibt noch ein erheblicher Teil der Emissionen. Selbst Solarzellen schlagen noch mit ca. 100 g pro kWh zu Buche. Den aus Sicht der Emissionen saubersten Strom liefern übrigens Wasser- und Atomkraft. Wenn wir nun die Atomkraft (ca. 40 g pro kWh) durch Erdgas ersetzen, bleibt beim Faktor der Emissionen größer 10 von einer Klimagasreduktion eigentlich kaum etwas übrig! Also doch für die eigene Klimabilanz besser Atomstrom importieren, wie wir es heute schon regelmäßig tun?

Bei einem CO₂-Gesamtausstoß in Deutschland im Jahr 2017 von ca. 800 Millionen Tonnen (hinzu kommen ca. 100 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente vor allem aus der Landwirtschaft – CH₄, N₂O, F-Gase), trugen Stein- und Braunkohle als Energieträger mit ca. 290 Millionen

Tonnen oder 36% bei, gefolgt von Mineralöl (ca. 32%) und Erdgas (jetzt noch mit ca. 22%). Letztere entfallen überwiegend auf die Mobilität bzw. den Wärmesektor. Warum gibt es hier eigentlich keine Ausstiegs-Kommissionen für das 40% -Ziel, z.B. durch E-Mobilität oder Wärmeschutz? Nun, eine Antwort ist sicherlich, dass die Betroffenheit um den Faktor 100 größer ist als bei ca. 25.000 Beschäftigten in der Braunkohlenwirtschaft und im Steinkohlenbergbau, und demzufolge auch die zu erwartende Wählerreaktion.

Man sollte schon stutzig werden, wenn die Kohle-Opposition zum Ergebnis der Kommission klatscht. Vielleicht hat ja doch die Einsicht gewonnen, dass es bis 2038, dem nun anvisierten Ausstiegsdatum von bezogen auf heute 38% der Stromerzeugung in Deutschland aus Kohle (plus 13% weniger Atomstrom), keine wirklich „grünen“ Alternativen gibt und selbst dieser Termin schon optimistisch ist. Auch die Revisionsklausel für einen früheren Ausstieg 2035 ist nicht wirklich bahnbrechend.

Was soll man übrigens davon zu halten, wenn ein Ministerpräsident davor warnt, das Paket des Ergebnisses der Kohlekommission wegen der Verlässlichkeit von Vereinbarungen nicht in Frage zu stellen? In unserer Stellungnahme hatten wir darauf verwiesen, dass eine politisch motivierte, frühzeitige Rücknahme einer Genehmigung von Tagebauen und Kraftwerken der ganzen Welt demonstriert, wie man es mit Verlässlichkeit und Rechtssicherheit in Deutschland hält. Es ist also immer auch eine Abwägung von Gütern, aber vor allem von Interessen.

Natürlich betrachtet jeder das Ergebnis der Kommission aus seinem Blickwinkel. Alle Beteiligten von Wirtschaft, Politik, Umweltverbänden haben sich im Abschlußbericht wieder gefunden. Die Kohleländer NRW, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt z.B. können auf einen Geldsegen hoffen: 2 Milliarden Euro aus Steuermitteln und das 20 Jahre lang, wer möchte da schon das Paket noch einmal aufmachen? Es war aber eine kluge Entscheidung, die „Strategie“ des Kohleausstieges mit „Wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeitsplätzen“ (so der Name einer der beiden Arbeitsgruppen neben „Energiewirtschaft und Klimaziele“) in den betroffenen Regionen zu verbinden. Das betrifft unsere Kumpel und Mitglieder direkt. Mit dem Strukturwandel soll ein harter Bruch verhindert und der Verlust von wertvollen Arbeitsplätzen kompensiert werden. Das ist richtig und wichtig für die Regionen; im Landtags-Wahljahr 2019 auch für die Politik in Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Bleibt ein weiterer wichtiger Aspekt: der Strompreis. Mit Atomkraft 2022 und Kohle 2038 werden nicht nur die versorgungssichersten, sondern auch die preiswertesten Energieträger, die heute über 50% des Stroms erzeugen, nicht mehr zur Verfügung stehen. Nun gibt

es Länder, in denen der Strom teurer ist als in Deutschland. Das reicht aber nicht als Begründung, da man sich z.B. die Einkommensstruktur und den internationalen Wettbewerb anschauen muß. Im Wettbewerb bedeuten hohe Strompreise und drohende Versorgungsengpässe Gefahren für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Das Kommissionsergebnis sieht deshalb Zahlungen zur Kompensation der wahrscheinlich steigenden Strompreise vor. Auch die Stromerzeuger sollen für die wirtschaftlichen Verluste aus der frühzeitigen Stilllegung genehmigter Anlagen entschädigt werden. Der Aufbau neuer Anlagen wird ja schon kräftig subventioniert. Da scheint vieles machbar. Es ist am Ende die Wirtschaftskraft Deutschlands, die diesen teuren Aus- und Umstieg ermöglicht. Deutschland ist damit vielleicht Vorreiter aber kein Vorbild für die Umsetzung der Energiewende. Hoffen wir auf schlüssige Konzepte, dass es Deutschland auch in Zukunft so gut geht, dank Energie und Industrie.

Etwas kurz gekommen ist übrigens die Wissenschaft. Der einzige Vertreter erinnerte immerhin an den stofflichen Wert der Kohle und sieht sein Institut in der Lage neue, chemische Produkte zu erzeugen, die möglicherweise 100 Arbeitsplätze sichern. Die mögliche Ansiedlung von Forschungsinstituten in den Kohleregionen mit dem Kompetenzschwerpunkt Energie, könnte die vielen offenen Fragen in der Zukunft der Energiewirtschaft und der stofflichen Kohlenutzung lösen helfen.

Im Kern geht es also um ein Paket aus Versorgungssicherheit, Strompreisen, Arbeitsplätzen und mehr. Mit der Überprüfung der Umsetzung des Kohle-Ausstiegs und dessen Auswirkungen in den Jahren 2023, 2026 und 2029, ist die Chance gegeben, größere Verwerfungen zu korrigieren.

Warten wir nun ab, was von den Ergebnissen der Kommission in die Gesetzesvorlage der Bundesregierung kommt, die für Mai 2019 angekündigt ist.

Im Fazit bleibt ein Abschlußbericht, der es allen Recht machen sollte, was in der Regel in einem Kompromiss endet, bei dem sich die Beteiligten loben, über die Mängel aber keiner reden will, denn, zurück zum Anfang, es ging mit dem Einsetzungsbeschluß der Kommission nicht um die beste Lösung für unser Land, sondern um einen frühzeitigen Ausstieg aus der Kohle, um schnell politisch gewollte Klimaziele zu erreichen. Ist das verantwortungsvolle Politik?

Mit einem herzlichen Glückauf

Euer / Ihr

Carsten Drebenstedt